



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

1. Mai 2011

„Das ist das Mindeste:

Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit!“

1. Mai-Veranstaltung des DGB
in Magdeburg

Hartmut Meine,
IG Metall-Bezirksleiter
für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Land auf, Land ab können wir es in den Zeitungen lesen:
Die Wirtschaft boomt, die Auftragslage der Unternehmen ist
hervorragend und es wird wieder eingestellt.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die Fakten sind nicht so
rosarot, wie sie die Journalisten zeichnen:

In Sachsen-Anhalt sind immer noch über 140.000 Menschen
arbeitslos. 100.000 von ihnen beziehen Hartz IV. Auch wenn
die Zahl der Hartz IV-Empfänger im letzten Jahr gesunken ist,
gegenüber Westdeutschland sind in Sachsen-Anhalt immer
noch fast doppelt so viele Menschen von Hartz IV abhängig.
Während 140.000 Menschen in diesem Land arbeitslos sind,
meldet die Arbeitsagentur gerade mal 10.000 offene Stellen.
Das entspricht einem Verhältnis von 14 zu 1. Oder anders
ausgedrückt eine offene Stelle für 14 Menschen! In dieser
Situation von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu
reden, ist blanker Zynismus.

Deshalb fordern wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
heute am 1. Mai hier in Magdeburg auf dem Alten Markt:

„Soziale Sicherheit, Gute Arbeit und Faire Löhne!“

Wir sagen: Das ist das Mindeste!

Die arbeitslosen Menschen in Magdeburg und in ganz
Sachsen-Anhalt brauchen endlich eine gute Arbeit!

Wir sagen den Arbeitgebern: Schafft endlich Arbeitsplätze zu
guten Tarifbedingungen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir haben in den 90er Jahren hier in Magdeburg erlebt, dass große Betriebe geschlossen wurden und Zehntausende die früher bei SKET, bei SKL, bei MAW oder in den Dimitrov-Werken beschäftigt waren, auf die Straße geschmissen wurden und arbeitslos wurden.

Wir hatten Zeiten, da waren in Magdeburg und ganz Sachsen-Anhalt über 20 Prozent der Menschen arbeitslos. Und die Unternehmer haben diese Massenarbeitslosigkeit in skrupelloser und unverantwortlicher Weise ausgenutzt und Arbeit zu Dumpinglöhnen ohne Tarifvertrag angeboten. Die Menschen hatten keine andere Wahl: Entweder sie nahmen die Arbeit zu den schlechten Bedingungen an oder sie waren arbeitslos.

Auch wenn die Landesregierung von CDU und SPD etwas anderes behauptet, die Zahlen sprechen immer noch eine deutliche Sprache: Sachsen-Anhalt ist ein Niedriglohn-Land! Das muss sich endlich ändern. Denn auf Niedriglohn und Leiharbeit lässt sich kein gutes Leben aufbauen. Beides führt direkt in Altersarmut! Denn Menschen, die für 6 bis 8 Euro die Stunde arbeiten, die im Monat vielleicht 1.200 Euro brutto haben, diese Menschen werden auch eine mickrige Rente von unter 800 Euro erhalten, obwohl sie viele Jahre lang gerackert und geschuftet haben. Die Rente mit 67 wird diese Situation noch verschlimmern. Denn jedem - außer unseren Politikern im fernen Berlin – ist klar:

Bis 67 wird kein Mensch auf den Windrädern von Enercon Montagearbeiten durchführen können und kein Mensch wird im Callcenter von Bosch arbeiten können. Wer eher gehen muss, wird also von seiner mickrigen Rente noch einmal einen Abschlag von bis zu 14 Prozent hinnehmen müssen. Deswegen brauchen wir Regelungen, wie beispielsweise eine tarifliche Altersteilzeitregelung, die es den Menschen ermöglicht mit 60 aus dem Betrieb auszuscheiden, um nach der Altersteilzeit in Rente gehen zu können.

Wir sagen mit aller Deutlichkeit in Richtung von Frau Merkel und Herrn Westerwelle, in Richtung von CDU und FDP: Die Rente mit 67 war eine krasse Fehlentscheidung und dies muss endlich korrigiert werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ihr wisst es aus eurem Bekannten- und Freundeskreis und viele von Euch haben selbst solche Erfahrungen in den Betrieben gemacht:

Die Unternehmer setzen wieder voll auf Leiharbeit und befristete Einstellungen. Von denjenigen, die in der letzten Zeit eingestellt wurden, sind die Mehrheit Leiharbeiter oder befristet Beschäftigte. Die Arbeitgeber nutzen sie als billige Manövriermasse nach dem amerikanischen Prinzip „Hire and Fire“. Wir sagen: Die Menschen brauchen aber Sicherheit und Stabilität, um eine Familie zu ernähren!

Leiharbeiter machen in den Betrieben häufig dieselbe Arbeit und verdienen 30 bis 40 Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen der Stammebelegschaft. Der alte gewerkschaftliche Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ wird aber auch hier in Magdeburg tausendfach verletzt.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Metallerinnen und Metaller, fordern wir für die Leiharbeiter: „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“! Wir fordern weiter, dass die Leiharbeit in den Betrieben auf maximal 5 Prozent der Beschäftigten begrenzt wird und Leiharbeiter nur zur Abarbeitung von Auftragsspitzen eingesetzt werden. Nach sechs Monaten muss ein Leiharbeiter fest eingestellt werden. Es kann nicht sein, dass Menschen über Jahre als Leiharbeiter eingesetzt werden und über die Hälfte der Belegschaft aus Leiharbeitern besteht.

Ich will zwei Beispiele von Unternehmen aus Magdeburg nennen, die auf Leiharbeit und Niedriglohn setzen und damit für die zukünftige Altersarmut vieler Beschäftigter verantwortlich sind:

Der größte Arbeitgeber in der Metallindustrie in Magdeburg ist mittlerweile die Enercon-Gruppe. Einer der größten Windkraftanlagen-Hersteller mit Hauptsitz im ostfriesischen Aurich. Bei Enercon gibt es keine Tarifverträge, bei Enercon gibt es eine immense Zahl von Leiharbeitern und bei Enercon gab es lange Zeit nicht einmal Betriebsräte und keine demokratische Beteiligung der Beschäftigten!

Wir mussten streiten und kämpfen, um dort der Belegschaft die Möglichkeit zu geben, einen Betriebsrat zu wählen. Dies wurde von den Geschäftsführern von Enercon und vor allem von dem Enercon-Eigentümer Aloys Wobben massiv behindert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das macht mich besonders wütend. Denn Aloys Wobben verfügt über ein riesiges Vermögen. Ein Vermögen, das er aufbauen konnte, weil der Bereich der erneuerbaren Energien in letzten Jahren massiv mit öffentlichen Steuergeldern gefördert wurde. Steuergelder, die wir alle bezahlen. Sie haben Herrn Wobben zu einen der reichsten Männer in Deutschland gemacht! Mit einem geschätzten Vermögen von knapp 3 Milliarden Euro steht er auf der Liste der reichsten Deutschen auf Platz 17. Und gleichzeitig ist er so dreist und verweigert den Beschäftigten hier Magdeburg, aber auch am Stammsitz in Aurich, eine gute tarifliche Bezahlung.

Wir fordern daher Enercon auf, wir fordern Herrn Wobben unmissverständlich auf: Arbeiten Sie mit den Gewerkschaften zusammen. Treten Sie dem Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie bei und zahlen Sie endlich Entgelte gemäß dem Flächentarifvertrag!

Eine saubere Energie muss auf der Grundlage von anständigen tariflichen Arbeitsbedingungen genutzt werden! Wir akzeptieren keine Atomkraft, sie zerstört die Lebensgrundlagen der Menschen. Wir akzeptieren aber auch keine mittelalterliche Gutsherrenart in der Windkraft- und Solarbranche!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es gibt hier in Magdeburg ein weiteres Unternehmen, das sich ähnlich verhält: Es ist ein Tochterunternehmen eines renommierten süddeutschen Konzerns, der bundesweit mit der Arbeitnehmerseite pragmatisch zusammenarbeitet. Ich meine den Bosch-Konzern. In fast allen Werken von Bosch sind Betriebsräte gewählt worden. Die meisten Betriebsräte sind Mitglied der IG Metall und in allen Bosch-Werken gelten die Tarifverträge der IG Metall. Vor wenigen Wochen wurde auch bei den kürzlich von Bosch übernommenen Solarwerken in Arnstadt in Thüringen endlich ein Tarifvertrag abgeschlossen. Nur hier in Magdeburg werden die 1.200 Boschis im Callcenter weit unter Tarif bezahlt und bis heute weigert sich die Unternehmensleitung, mit der IG Metall Tarifverträge abzuschließen.

Kolleginnen und Kollegen,
ihr seht es hier neben mir: Dagegen wehren sich die Boschis. Sie sind nicht länger bereit, diese schreiende Ungerechtigkeit hinzunehmen. Sie wollen nicht länger UNTERBEZAHLT sein! Deshalb treten immer mehr Boschis in die IG Metall ein. Neben dem 15köpfigen Betriebsrat und den frisch gewählten Vertrauensleuten streiten die Beschäftigten für gute tarifliche Arbeitsbedingungen bei Bosch hier in Magdeburg! Wir fordern den Bosch-Konzern auf: Verhandeln Sie endlich mit der IG Metall über einen Tarifvertrag.

Das Verhalten der Belegschaft beim Bosch Callcenter ist richtungweisend: Sie wehren sich, treten in die IG Metall ein und kämpfen für einen Tarifvertrag. So muss es überall sein: die Belegschaften in Sachsen-Anhalt lassen sich nicht mehr alles gefallen. Sie werden selbstbewusst und engagieren sich in den Gewerkschaften. Bitte werbt in eurem Freundes- und Verwandtenkreis, dass immer mehr mitmachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
diese beiden Beispiele stehen für viele. In Sachsen-Anhalt sind in den letzten Jahren einige neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Allerdings zu Bedingungen weit unterhalb der Tarifentgelte, zu Niedrig- oder Billiglöhnen! Diese Arbeitsplätze wurden vom Land, vom Bund und von der EU mit Millionenbeträgen gefördert.

Wir sagen als Gewerkschaften seit vielen Jahren, es kann nicht sein, dass Unternehmer hier Arbeitsplätze zu Billiglöhnen schaffen und dann auch noch vom Staat finanziell gefördert werden. Und zwar mit unseren Steuergeldern. Das geht nicht an! Deswegen bin ich sehr froh darüber, dass in der Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung von CDU und SPD vereinbart ist, dass zukünftig die aus Steuermitteln bestehende Wirtschaftsförderung an glasklare Kriterien gebunden wird. Und eines dieser Kriterien - und das ist für die Menschen hier auf dem Alten Markt in Magdeburg und in ganz Sachsen-Anhalt besonders wichtig - lautet: Einhaltung der Tarifverträge!

In Zukunft dürfen also nur noch Unternehmer vom Land finanziell gefördert werden, die auch die Tarifverträge einhalten. Das ist fest verabredet in der Koalitionsvereinbarung und wir werden als Gewerkschaften sehr genau darauf achten, dass die Landesregierung diese Vereinbarung einhält und in die Praxis umsetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich habe zu Beginn auf die immer noch hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt hingewiesen. Gleichzeitig gibt es aber auch eine andere Entwicklung:

Vor allem in der Metallindustrie gibt es trotz der hohen Massenarbeitslosigkeit in bestimmten Bereichen einen akuten Fachkräftemangel. Die Unternehmen in der Metallindustrie in Sachsen-Anhalt und auch hier in Magdeburg haben Schwierigkeiten, Ingenieure, Techniker, aber auch Meister und Facharbeiter zu finden.

Es rächt sich, dass die Betriebe eine Niedriglohnpolitik betreiben und die Fachkräfte nach Niedersachsen und in die südlichen Bundesländer abwandern, in denen sie bessere Arbeitsbedingungen vorfinden und gute Tariflöhne gezahlt werden. Daher kann ich einem Arbeitgeber, der in Sachsen-Anhalt über einen Fachkräftemangel jammert, nur sagen: Das ist die Marktwirtschaft.

Wenn ein Gut knapp ist, dann steigt der Preis dieses Gutes. Und wer die neue Situation verpennt und weiterhin eine Niedriglohnpolitik betreibt, wird vom Markt verschwinden. Das heißt, wer Fachkräfte sucht, muss sie anständig bezahlen, sonst gehen sie in Regionen, in denen sie besser behandelt werden, gute Arbeitsbedingungen vorfinden und zu guten Tarifbedingungen arbeiten können!

Es gibt in Sachsen-Anhalt noch einen weiteren Aspekt, der die Situation für die Menschen verbessert:

Neben dem Fachkräftemangel hat sich die Halbierung der Schulabgänger auf die Situation der Berufsausbildung ausgewirkt.

Mussten noch vor wenigen Jahren junge Leute froh sein, wenn sie einen Ausbildungsplatz fanden, oder in überbetrieblichen Ausbildungsringen Ausbildungsvergütungen von 200 Euro und weniger akzeptieren, ist die Situation heute völlig anders: Die Betriebe müssen um Auszubildende werben und ihnen gute Tarifbedingungen bieten!

Deshalb ein Tipp für die jungen Menschen:

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Eltern geht hin und seid mutig, wenn ihr euch bei einzelnen Firmen um einen Ausbildungsplatz bewirbt. Fragt die Arbeitgeber, ob der Betrieb einen Betriebsrat hat, ob der Betrieb den Tarifvertrag anwendet und fragt, ob ihr nach der Ausbildung unbefristet übernommen werdet. Wenn sie eine der drei Fragen mit nein beantworten, dann sagt ihnen:

Ich habe kein Interesse! Ich gehe zu einem tarifgebundenen Betrieb und mache dort meine Ausbildung! Die Arbeitgeber müssen erleben, dass sie qualifizierte Schulabgänger nur mit guten Ausbildungsvergütungen und der Perspektive auf eine unbefristete Übernahme bekommen!

Ich kann alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, alle Auszubildenden in diesem Land nur auffordern: Tretet in die Gewerkschaft ein und streitet für bessere Arbeits- und Leistungsbedingungen. Die Zeiten, in denen man mit euch machen konnte, was man wollte, sind vorbei!

Einige Arbeitgeber meinen, dass mit der heutigen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für die Beschäftigten anderer osteuropäischer Länder Tausende von Fachkräfte ab morgen vor den Werkstoren stehen und sie weiterhin eine Niedriglohnpolitik betreiben können. Das wird aber nicht passieren. Denn, erstens, verlässt man nicht einfach seine Heimat und lernt eine neue Sprache. Und zweitens, boomt die Wirtschaft bei unseren östlichen Nachbarn. Die Unternehmen in Polen oder Ungarn brauchen selber dringend Fachkräfte. Insofern sage ich an die Adresse der Arbeitgeber: Die Zeiten, wo sie mit den Leuten machen konnten, was Sie wollten sind vorbei!

Einige Betriebe, wie hier in Magdeburg, haben das bereits verstanden. Sie sind in den letzten Jahren wieder in den Arbeitgeberverband eingetreten und zahlen wieder Tariflöhne. Sie akzeptieren den vor Jahren von ihnen verteufelten und totgesagten Flächentarifvertrag, weil sie erkannt haben, dass sie sonst auf der Strecke bleiben!

Stellvertretend für diesen Wandel nenne ich einige

Magdeburger Betriebe:

So ist das Unternehmen SKL in den Verband der Arbeitgeber eingetreten, ThyssenKrupp Presta, Stahlbau Calbe, die Schieß GmbH in Aschersleben, und aus der Holz- und Kunststoffbranche, das Unternehmen Mobau ebenfalls. Und alle fünf Betriebe zahlen wieder Tariflöhne!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich zum Schluss auf ein Thema eingehen, dass mir besonders am Herzen liegt: Vor genau 78 Jahren am 2. Mai 1933 wurden in Deutschland alle Gewerkschaftshäuser von den Nazis besetzt, Gewerkschafter verhaftet und das Gewerkschaftsvermögen eingezogen. Die Betätigung von frei gewählten Betriebsräten und Vertrauensleuten im Betrieb wurde untersagt und viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in KZs gesteckt und einige von ihnen brutal ermordet.

Wir erinnern heute, am 1. Mai, auch an die Machtübertragung an die NSDAP und Hitler. Wir erinnern an die Millionen ermordeter Juden, an die Millionen von Menschen, die im Zweiten Weltkrieg starben. Alle Opfer der Naziherrschaft mahnen uns, dass wir alles, aber auch alles dafür tun, damit sich der Naziterror nicht wiederholt.

Ich sage dies auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Aktivitäten der NPD in Sachsen-Anhalt. Es ist gut, dass die NPD bei den Landtagswahlen an der 5-Prozent-Hürde gescheitert ist und nicht in den Landtag von Sachsen-Anhalt einziehen konnte. Ich sage aber in aller Deutlichkeit auch, das war sehr knapp! Hätten 5.000 Menschen mehr die NPD gewählt, wäre sie heute im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. Daran sieht man, dass wir nicht nachlassen dürfen, die Menschen davon zu überzeugen, dass die neuen Nazis die alten rassistischen, faschistischen und antisemitischen Parolen brüllen und keinen Platz haben in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft.

Als Gewerkschafter sage ich unmissverständlich: Die NPD muss verboten werden!

Ich begrüße daher den Vorschlag der Landesregierung, erneut ein Verbotsverfahren gegen die NPD einzuleiten. Es ist sicherlich nicht das alleinige Mittel gegen den neuen Rechtsextremismus, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung, mit dem auch Veranstaltungen der NPD verhindert werden könnten.

Wir stehen hier als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Demokratie, für eine humane und solidarische Gesellschaft. Wir stehen für eine bunte Gesellschaft, die gute Arbeit und ein gutes Leben für alle ermöglicht. Eine Gesellschaft, in der wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter streiten für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stehen für eine Gesellschaft, in der - um es mit dem Schriftsteller Stephan Heim zu formulieren - „Herz und Verstand mehr zählen als der Ellenbogen“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich danke herzlich für eure Aufmerksamkeit!